

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Hedi Thelen (CDU)

und

Antwort

des Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie

Situation der Integrationsbetriebe in Rheinland-Pfalz I

Die **Kleine Anfrage 769** vom 4. April 2012 hat folgenden Wortlaut:

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie hat sich die Zahl der Integrationsfirmen und der hier bestehenden Arbeitsplätze für schwerbehinderte Menschen in den letzten beiden Jahren entwickelt (aufgegliedert nach Zahl der Integrationsfirmen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gesamt, schwerbehinderte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter)?
2. Welche Integrationsbetriebe wurden in den letzten beiden Jahren geschlossen oder haben Insolvenz angemeldet?
3. Wie hoch war die Förderung der Integrationsbetriebe in den letzten beiden Jahren (aufgegliedert nach Investitionen, Darlehen, betriebswirtschaftliche Beratung, besonderer Aufwand, Minderleistungsausgleich und gesamt)?
4. Wie hoch waren die Eingliederungszuschüsse der Agentur für Arbeit in den letzten fünf Jahren (aufgegliedert nach Agenturbezirken)?
5. Wie sieht der von der Landesregierung laut Koalitionsvertrag beabsichtigte Ausbau von Integrationsbetrieben in konkreten Schritten aus?
6. Sind im Hinblick auf die Schuldenbremse Einsparungsmaßnahmen im Bereich der Integrationsbetriebe geplant?
7. In welchem Umfang wurden ggf. Einsparmaßnahmen bisher bereits umgesetzt?

Das **Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 30. April 2012 wie folgt beantwortet:

Zu 1.:

Seit über zehn Jahren ist es erklärtes Ziel der Landesregierung, die Zahl der Integrationsfirmen und der dort beschäftigten Menschen mit Behinderung deutlich zu erhöhen. Dies ist bisher gut gelungen. Durch vielfältige Maßnahmen wurde das Interesse daran geweckt und die Bereitschaft zur Gründung einer Integrationsfirma ist landesweit – auch während der Wirtschafts- und Finanzkrise – deutlich gestiegen.

In den beiden letzten Jahren hat sich die Zahl der Beschäftigten wie folgt entwickelt:

	Zahl der Integrations- firmen	Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Gesamt	Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Schwerbehindert	davon Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gemäß § 132 SGB IX
1. Jan. 2010	67	2 015	803	729
1. Jan. 2011	67	2 148	866	787
1. Jan. 2012	72	2 162	855	771

b. w.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gemäß § 132 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch sind schwerbehinderte Menschen, deren Teilhabe an einer Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt aufgrund von Art oder Schwere der Behinderung oder wegen sonstiger Umstände voraussichtlich trotz Ausschöpfens aller Fördermöglichkeiten und des Einsatzes von Integrationsfachdiensten auf besondere Schwierigkeiten stößt. Die Teilhabe am allgemeinen Arbeitsmarkt ist dann oft nur in einer Integrationsfirma möglich.

Zu 2.:

Folgende Integrationsbetriebe wurden in den letzten beiden Jahren geschlossen oder haben Insolvenz angemeldet:

1. ALIBI Eifelservice gGmbH; Bitburg (geschlossen 2010),
2. Backhaus Helga Klein GmbH; Kaiserlautern (Insolvenz 2010),
3. Lescher Engineering e. K.; Ellenz-Poltersdorf (Insolvenz 2010),
4. Reccius Textilpflege; Pfaffenschwabenheim (Insolvenzverfahren läuft seit 2011),
5. VdK mobil; Mainz (geschlossen 2011),
6. Integrationsbetrieb alte Güterhalle gemeinnützige GmbH; Alzey (Insolvenzverfahren eröffnet 2011),
7. Freizeitbetriebe René Fandel, Bad Münster am Stein (Insolvenz 2011).

Zu 3.:

Der nachstehenden Tabelle ist die Förderung der Integrationsbetriebe in den letzten beiden Jahren, aufgegliedert nach Investitionen, Darlehen, betriebswirtschaftlicher Beratung, besonderem Aufwand, Minderleistungsausgleich und gesamt, zu entnehmen:

	Investitionen	Darlehen	Betr. Beratung	Besonderer Aufwand	Minderleistungsausgleich	Gesamt
2010	2 206 000	430 860	22 600	1 730 100	2 950 000	7 339 560
2011	948 800	289 500	37 200	1 867 600	3 553 300	6 696 400

Zu 4.:

Der Landesregierung liegen keine Erkenntnisse zur Zahl der an die Integrationsfirmen geflossenen Eingliederungszuschüsse vor. Entsprechende Daten konnten von der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland der Bundesagentur für Arbeit nicht zur Verfügung gestellt werden.

Zu 5.:

Der weitere Ausbau orientiert sich an der Finanzsituation der Ausgleichsabgabe als Sondervermögen des Landes sowie an den notwendigen Ausgaben für andere Leistungsbereiche wie Integrationsfachdienste, Leistungen an schwerbehinderte Menschen und an ihre Arbeitgeber.

Für das Haushaltsjahr 2012 wurden zusätzlich originäre Landesmittel in Höhe von circa 2 Mio. Euro zur Verfügung gestellt.

Zu 6.:

Die Finanzierung der Integrationsfirmen erfolgt überwiegend aus Mitteln der Ausgleichsabgabe. Diese sind im Rahmen des Sondervermögens zweckgebundene Mittel, die nicht den Anforderungen der Schuldenbremse unterliegen.

Zu 7.:

Um eine möglichst große steigende Zahl von Maßnahmen fördern zu können, wurden moderate Einsparungen bei allen Leistungen an Arbeitgeber und schwerbehinderte Menschen vorgenommen, worunter auch Leistungen an Integrationsfirmen fallen. So wurden die Leistungen zum besonderen Aufwand von 208 Euro auf 200 Euro monatlich pro Platz abgesenkt. Der investive Zuschuss für die Einrichtung von Arbeitsplätzen in Integrationsfirmen wurde bereits vor zwei Jahren von 26 000 Euro auf 22 500 Euro reduziert und wird nun entsprechend dem Stellenanteil bewilligt.

Malu Dreyer
Staatsministerin